

4 Ergebnisse

Aus den sechs geführten Expert:inneninterviews wurde durch die einzelnen Analyseschritte induktiv ein eigenes Theoriefragment entwickelt. Das folgende Kapitel dient der Darstellung dieses Theoriefragments, welches der Beantwortung der Forschungsfrage dient. Zur Steigerung der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit wird das jeweils identifizierte axiale Kodierparadigma zur Erläuterung der einzelnen Theoriefragmente herangezogen. Nach einer kurzen überblickhaften Darstellung der entwickelten Theorie beziehungsweise des Theoriefragments folgt im Anschluss die ausführliche Darstellung der einzelnen Theoriebausteine.

4.1 Die Theorie

Politische Entscheidungen im Kontext nachhaltiger Transformationsprozesse oder auch, wie im speziell vorliegenden Fall, über die Produktion grünen Wasserstoffs bewegen sich in Thüringen in einem besonders aufgeheizten Politikfeld. Die Befragten betrachten das Feld als „durch-polarisiert“ (Interview 4, Pos. 59); das ist ein Hinweis auf die ausgeprägten und teils antagonistischen Debatten, die geführt werden. Besonders die Frage nach der vermeintlich „richtigen“ Energieerzeugungsart erhitzt dabei die Gemüter

[...] weil die Energieerzeugungsart mittlerweile ein politisches Schlachtfeld geworden ist. (Interview 3, Pos. 18)

Die Aussage einer befragten Person bringt zum Ausdruck, wie umstritten und komplex die Debatte ist. Die „Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld“ ist das Hauptphänomen, die „Haupt- oder

Schlüsselkategorie“ nach der GTM, die im Datenmaterial ausgemacht wurde. Sie beschreibt, wie die Debatte in Thüringen von den befragten politischen Entscheidungsträger:innen wahrgenommen wird.

Es wurden fünf zentrale Hauptkategorien identifiziert, die als beeinflussende Aspekte für dessen Wahrnehmung und Ausgestaltung durch die politischen Entscheidungsträger:innen fungieren. Sie wurden von der Forschenden benannt als: „ideopolitische Energiepräferenzen“, „Populismuskapitulation“, „unkritische Medien“, „lobbyorchestrierter Energiediskurs“ sowie „Sonderweg Thüringen“. Eine genaue Erläuterung der Aspekte erfolgt in den folgenden Unterkapiteln. Das Hauptphänomen „Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld“ kann als ihre Konsequenz betrachtet werden.

Des Weiteren zeigt die Analyse auf, dass die Akteur:innen im Umgang mit dem Hauptphänomen auf zwei distinkte Reaktionsmuster zurückgreifen. Diese Reaktionsmuster bilden einen zentralen Bestandteil der Theorie und sind entscheidend für das Verständnis der Handlungslogiken innerhalb des untersuchten Kontexts. Die Forschende bezeichnet diese Reaktionsmuster als „Reaktiv“ und „Transformativ“. Dem Modell liegen die spezifischen Befunde zum Wasserstoff, beziehungsweise zur Produktion grünen Wasserstoffs in Thüringen, zu Grunde: das „Henne-Ei-Problem“ und die „Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“. Das Theoriemodell kann in Abbildung 2 nachvollzogen werden.

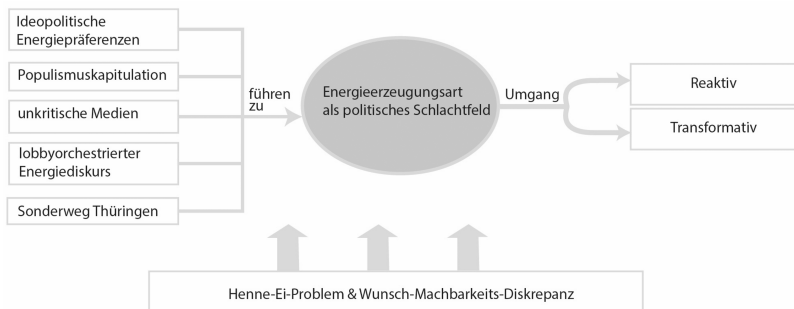


Abbildung 2: Theoriemodell, Quelle: eigene Darstellung

Die Phänomene des „Henne-Ei-Problems“ und der „Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“ sind zentrale Elemente, die den spezifischen Kontext der Wasserstoffproduktion in Thüringen prägen und somit für den Untersuchungsgegenstand von grundlegender Bedeutung sind. Die identifizierten beeinflussenden Aspekte, die Schlüsselkategorie sowie die Reaktionsmuster können jedoch auch unabhängig vom konkreten Kontext der Wasserstoffproduktion betrachtet werden. Diese Elemente sind somit generalisierbar und bieten einen erweiterten Bezugsrahmen, der es ermöglicht, die zugrunde liegenden Dynamiken und Konflikte in politischen Entscheidungsprozessen der Energiepolitik in Thüringen allgemein zu erfassen und zu analysieren.

Die folgenden Unterkapitel widmen sich zunächst der Darstellung der „Basis“, das heißt der spezifischen Ausgangsbedingungen des Untersuchungsgegenstandes grüner Wasserstoff. Daraufhin werden die beeinflussenden Aspekte des zentralen Phänomens detailliert erläutert. Abschließend erfolgt eine Beschreibung der beiden identifizierten Handlungsstrategien.

4.2 Die Basis

Das folgende Unterkapitel beschreibt die Basis (oder: das Fundament) auf dem das restliche entwickelte Theoriefragment im Kontext der Arbeit verstanden werden muss. Während die Entscheidungsprozesse im Hinblick auf die Thüringer Energiepolitik im Gesamten beleuchtet wurden, schafft dieses Kapitel den Bezug zur Produktion grünen Wasserstoffs. In den Interviews wurden zwei Phänomene identifiziert, die Aufschluss über die Ausgangsbedingungen der Wasserstoffwirtschaft in Thüringen geben: das „Henne-Ei-Problem“ und die „Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“.

4.2.1 Das Henne-Ei-Problem

Grundlegend für die Betrachtung der Thematik ist das von den Interviewten identifizierte „Henne-Ei-Problem“ (*In-Vivo-Kode*, Interview 2,

Pos. 28, siehe Abbildung 3). Dieser „Teufelskreis“ (*In-vivo-Kode*; Interview 6, Pos. 8) wird von einem Interviewten wie folgt beschrieben:

[...] das ist das große Rätsel. Wie finanzieren wir diese Infrastruktur, wo ja noch nichts durchgeleitet wird? [...] Wenn nicht genug Wasserstoff da ist, nicht genug grüner, wird es keine Umstellung und später auch keinen Verbrauch geben. Also rechnen sich die Netze nicht. Also wird in die Netze nicht investiert. (Interview 6, Pos. 8)

Das „Henne-Ei-Problem“ beschreibt die Schwierigkeit, dass die Investition in die notwendige Wasserstoffinfrastruktur aufgrund der fehlenden Nachfrage und Produktionsmengen als unrentabel erscheint, während ohne diese Infrastruktur weder eine ausreichende Nachfrage noch eine Produktion entstehen können.

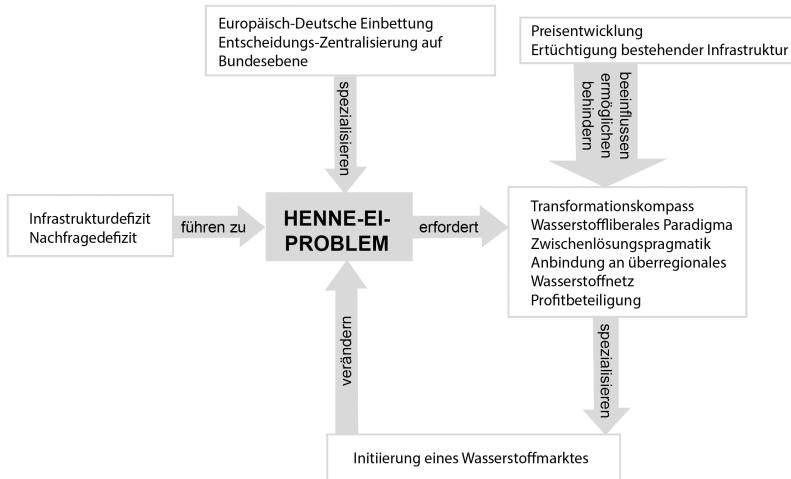


Abbildung 3: Henne-Ei-Problem, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Ursächlich für das Henne-Ei-Problem ist nach Datenlage die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Etablierung einer umfassenden Infrastruktur für Wasserstoff und der Entwicklung ausreichender Nachfrage. Einerseits sind erhebliche Investitionen in die Produktion, den Transport, die Speicherung und die Verteilung von Wasserstoff erforderlich. Diese werden jedoch nur getätigt,

wenn eine entsprechende Nachfrage besteht. Andererseits sind Verbraucher:innen und Industrien zögerlich beim Umstieg auf Wasserstoff, solange die notwendige Infrastruktur nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Es können demnach zwei Ursachen für das Phänomen „Henne-Ei-Problem“ ausgemacht werden: Infrastrukturdefizite (Interview 1, Pos. 6; Interview 3, Pos. 8) und Nachfragedefizite (Interview 6, Pos. 8).

Kontext. Das Phänomen ist sowohl in den europäischen als auch in den deutschen Kontext eingebettet („Europäisch-Deutsche Einbettung“) (Interview 3, Pos. 14; Interview 4, Pos. 20; Interview 2, Pos. 32). Das heißt, die Entscheidungen über die Entwicklung der Wasserstoffinfrastruktur und die Förderung der Wasserstoffnachfrage werden gemäß dem föderalen und europäischen System nicht nur auf der Ebene einzelner Länder getroffen, sondern erfordern koordinierte Maßnahmen und Strategien sowohl auf europäischer Ebene als auch auf Bundesebene. Bevor ein Gesetz entsteht, durchläuft es viele Phasen der Beratung und Abstimmung. In diesen Konsultationen können unterschiedliche Akteur:innen ihre Meinungen und Anliegen einbringen. Ein relevantes Gremium in diesem Prozess ist der Bundesrat, der insbesondere im Kontext von Flächenausweisungen für zum Beispiel Windkraft- und Photovoltaikanlagen eine wichtige Rolle spielt (Interview 5, Pos. 14). Die Länder sind verpflichtet, die verabschiedeten Gesetze und Richtlinien umzusetzen (Interview 5, Pos. 16; siehe auch Kapitel 2).

Die Bundesländer verfügen demnach lediglich über ein eingeschränktes Mitspracherecht im Gesetzgebungsprozess, das sich primär – wie schon in Kapitel 2 dargelegt – auf das Planungsrecht bezieht. Gleichwohl sind die Länder verpflichtet, die verabschiedeten Gesetze umzusetzen, auch wenn Akteur:innen auf Landesebene Vorbehalte äußern sollten.

Handlungsstrategien. Die Interviewten sehen die Politik, und damit sich selbst als maßgebliche politische Entscheidungsträger:innen, in der Verantwortung, einen Wasserstoffmarkt zu initiieren.

Und das ist tatsächlich die Aufgabe, die wir leisten müssen, dass wir die Rahmenbedingungen politisch so gestalten, dass es ein Hochlaufen der [...]

Wasserstoffwirtschaft geben kann, also dass erstmal ein Markt entsteht. (Interview 1, Pos. 4; ähnlich: Interview 3, Pos. 10)

Das Erreichen von Planungssicherheit für Marktteilnehmende steht dabei im Vordergrund, sodass notwendige Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur getätigt werden (Interview 6, Pos. 8 & 14).

Um einen Wasserstoffmarkt zu etablieren, nennen die Interviewten verschiedene Maßnahmen, die sich in zwei unterschiedliche Herangehensweisen unterteilen lassen: Interventionismus und Marktliberalismus. An dieser Stelle lassen sich die besprochenen Handlungsstrategien in Hinblick auf die Parteizugehörigkeit in besonderem Maße voneinander abgrenzen, weshalb hier auch die Parteizugehörigkeit der jeweils interviewten Person genannt wird¹¹.

Ersterer Ansatz wird von der Vertretung der Links-Partei unterstützt. Diese zieht einen kontrollierten staatlichen Eingriff in Betracht, um gezielt den Markt zu steuern (Interview x, Pos. 18) und notwendige Rahmenbedingungen für die Etablierung des Wasserstoffmarktes zu schaffen. Die Forschende bezeichnet diese Herangehensweise als „Transformationskompass“. Die CDU-Vertretung hingegen vertritt einen eher marktliberalen Ansatz, indem gefordert wird auf marktwirtschaftliche Mechanismen zu setzen, die durch Wettbewerb und wirtschaftliche Anreize die Entwicklung und Verbreitung von Wasserstofftechnologien fördern sollen (Interview x, Pos. 6). Zentral für diesen Ansatz ist der Wunsch, die „Technologieoffenheit“ zu bewahren. Festlegungen (staatlicher Seite) auf bestimmte Technologien (wie zum Beispiel auf grünen Wasserstoff) werden explizit nicht gewünscht. Dies impliziert eine Reduzierung staatlicher Regulierung und Interventionen und kann als Verantwortungsverlagerung auf „den Markt“ verstanden werden. Die Forschende bezeichnet dies als „wasserstoffliberales Paradigma“. Diese Bezeichnung bildet die Überzeugung ab, dass der Markt besser auf die vorherrschenden Gegebenheiten reagieren kann als der Staat. Durch eine verstärkte Marktliberalisierung können nach

11 Um die Anonymität der Interviewpartner:innen zu gewährleisten wurden in diesem Unterkapitel keine direkten Interviewverweise hinterlegt. Die Autorin verfügt jedoch über eine vollständige Dokumentation der Interviews.

dieser Überzeugung Innovationen und der Wettbewerb gefördert werden, was langfristig zu einer Entwicklung des Wasserstoffsektors führt.

Zu der von der CDU-Vertretung vorgeschlagenen Maßnahmen gehört außerdem, sich zunächst von der strikten Fokussierung auf grünen Wasserstoff zu lösen und stattdessen auch andere Formen des Wasserstoffs, wie zum Beispiel blauen Wasserstoff, zu berücksichtigen (Interview x, Pos. 4, 6, 8). Dies ist auch für die Vertretung von Bündnis 90/Die Grünen eine vertretbare Möglichkeit (Interview x, Pos. 16). Die Forschende beschreibt dies als „Zwischenlösungspragmatik“. Der Begriff verdeutlicht, dass das langfristig festgeschriebene Ziel die Verwendung grünen Wasserstoffs ist. Nicht-grüne Wasserstoffarten werden von den Interviewten hier als eine Art Katalysatoren verstanden, die den Wasserstoffmarkt ankurbeln sollen.

Eine weitere von der die CDU vertretenden Person und eines energiepolitischen Experten aus einem Ministerium genannte Maßnahme ist die Anbindung des Thüringer Wasserstoffnetzes an das überregionale Wasserstoffnetz, was die Möglichkeit für Wasserstoffimporte eröffnen und somit die Versorgungssicherheit erhöhen würde (Interview x, Pos. 4, 10; Interview x, Pos. 4). Die Versorgungssicherheit als Teil des Zieldreiecks der Energiewende ist in Deutschland in Hinblick auf Wasserstoff insoweit unsicher, als Deutschland selbst nicht in der Lage sein wird, den eigenen Wasserstoffbedarf zu decken (vgl. Kapitel 2). Wasserstoffimporte werden demnach auch langfristig notwendig sein. Darüber hinaus wird von der Vertretung von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, die Nachfrage nach Wasserstoff zu steigern, indem Menschen an den Profiten der Energieerzeugung über erneuerbare Energien teilhaben („Profitbeteiligung“) (Interview x, Pos. 12; Interview x, Pos. 16). In der Kausalität wird davon ausgegangen, dass erneuerbare Energien eher akzeptiert werden, wenn die Bevölkerung an den Profiten teilhat. Dadurch könnten Widerstände in der Bevölkerung abgebaut werden. In der Folge kann es möglich sein, dass erneuerbare Energie durch einen erhöhten Ausbau preiswerter wird, was die Produktion von grünem Wasserstoff vergünstigt und die Nachfrage steigert.

Intervenierende Bedingungen. Als intervenierende Bedingungen nennen die Interviewten die „Preisentwicklung“ (Interview 2, Pos. 12; Interview 3, Pos. 12). Diese kann fundamental vor allem auf das „wasserstoffliberale Paradigma“ einwirken. So können volatile Preise Unsicherheit erzeugen und damit potenzielle Investitionen (durch Investor:innen/Produzent:innen, aber auch durch Konsument:innen) hemmen. Hohe Preise können Betriebskosten steigen lassen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen beeinträchtigen. Umgekehrt können niedrige Preise Investitionen anziehen und die Wirtschaftlichkeit beeinflussen. Das Besondere am Wasserstoff zum jetzigen Zeitpunkt ist, dass externe Faktoren, wie die globalen Rohstoffpreise und internationale Handelsabkommen die Preisentwicklung massiv beeinflussen – denn der in Deutschland (grün) produzierte Strom reicht, wie in Kapitel 2 beschrieben, nicht aus, um die großen Bedarfe zu decken. Die Preisentwicklung hat damit sowohl das Potenzial, die Wasserstoffwirtschaft anzukurbeln als auch enorm abzuschwächen, wenn nicht sogar zum Erliegen zu bringen.

Eine weitere intervenierende Bedingung ist die potenzielle „Ertüchtigung bereits bestehender Infrastruktur“, die die Infrastrukturkosten erheblich senken und die Umsetzung von Wasserstofftechnologien beschleunigen könnte. Durch Thüringen verläuft die einzige Ost-West-Leitung in Deutschland (Interview 5, Pos. 12), was potenziell eine bedeutende Rolle bei der Verteilung von Wasserstoff spielen kann. Die Leitung kann dazu beitragen, verschiedene regionale Märkte zu integrieren und die Flexibilität im Wasserstoffnetz zu erhöhen und hat so potenziell Einfluss auf beide identifizierten Handlungsstrategien.

Konsequenzen. Die von den Interviewten angestrebte Konsequenz ihrer Handlungsstrategien ist die Schaffung eines Wasserstoffmarktes und damit das Lösen des Henne-Ei-Problems (Interview 1, Pos. 4; Interview 3, Pos. 10). In der Realität ist dies bisher allerdings noch nicht zu beobachten.

4.2.2 Die Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz

Wasserstoff ist, wie in Kapitel 1 und 2 beschrieben, großer Hoffnungsträger der Dekarbonisierungsbestrebungen des Energiesystems. Die Interviewten sind jedoch ambivalent zu diesen Hoffnungen eingestellt.

Und deswegen würde ich sagen, hat das ein großes Bedeutungsgefälle zwischen Ja, Wasserstoff wäre sozusagen die sinnvolle Alternative zu dem, wie wir jetzt sozusagen Energie in die Industrie kriegen oder an den Arbeitsplatz und den tatsächlichen, ist es dann überhaupt tatsächlich möglich, sozusagen. (Interview 3, Pos. 4)

Die „Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“ beschreibt das Spannungsfeld zwischen der theoretischen Befürwortung für Wasserstoff als alternative Energiequelle und den praktischen Herausforderungen, die bei seiner Etablierung auftreten (siehe Abbildung 4). In den Interviews (wie im vorangestellten Zitat) wird deutlich, dass Wasserstoff allgemein und insbesondere für industrielle Anwendungen als vielversprechende Alternative zu bestehenden Energiequellen angesehen wird. Während Wasserstoff als zukunftsweisend und innovativ gilt, zeigen die ersten praktischen Erfahrungen, dass es in der Umsetzung zu Herausforderungen kommt.

4 Ergebnisse

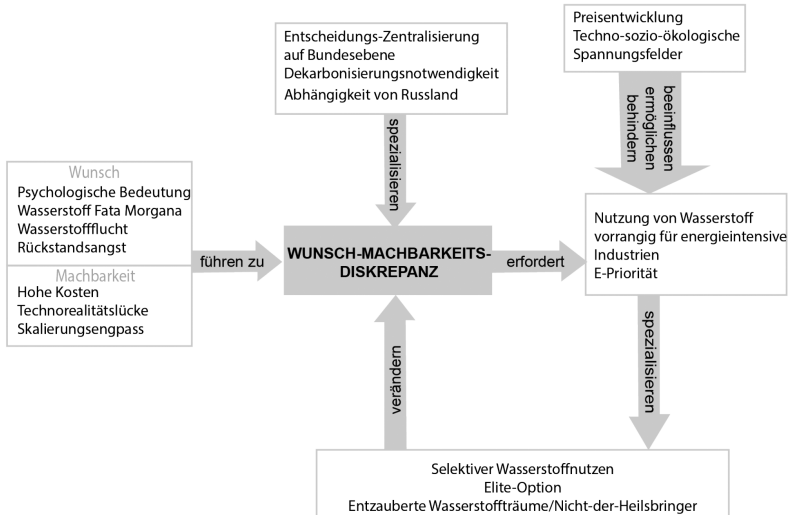


Abbildung 4: Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Die Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz ergibt sich aus mehreren, miteinander verflochtenen Ursachen, die sowohl soziale, technische als auch wirtschaftliche Dimensionen umfassen. Der Wunsch, vor allem Erdgas durch Wasserstoff zu ersetzen entstammt nach Ansicht zweier Interviewter der Ähnlichkeit der beiden Energieträger (Interview 3, Pos. 4; Interview 5, Pos. 10). Die „psychologische Bedeutung“ besteht demnach, „[...] weil man sich über Verbrennungsprozesse am ehesten vorstellen kann, die jetzigen Technologien weiterzuführen“ (Interview 3, Pos. 4). Neben der Verbrennung gestaltet sich auch der Transport ähnlich (Interview 5, Pos. 10). Sowohl Erdgas als auch Wasserstoff sind gasförmige Brennstoffe, die in vergleichbaren Verbrennungsprozessen eingesetzt werden können. Die technische Kompatibilität beider Gase ermöglicht es, bestehende Verbrennungstechnologien mit Anpassungen auch für Wasserstoff nutzbar zu machen. Darüber hinaus teilen Erdgas und Wasserstoff ähnliche Transportinfrastrukturen, wie zum Beispiel Pipelines, die theoretisch mit geringen Anpassungen für den Wasserstofftransport verwendet

werden könnten. Diese Ähnlichkeit beeinflusst laut Interviewten die Bereitschaft, Wasserstoff als praktikable Alternative zu akzeptieren.

Ein:e Interviewte:r beschreibt zudem, dass bestimmte politische Akteur:innen die ohnehin bestehende Wahrnehmung der Ähnlichkeit zwischen Wasserstoff und Erdgas weiter verstärkt haben. Sie vermitteln den Eindruck, Wasserstoff könne problemlos als Ersatz für Erdgas eingesetzt werden. Diese Darstellung verfestige bestehende Annahmen, sei jedoch irreführend, da die begrenzte Verfügbarkeit von Wasserstoff diese Substitution in der Praxis nicht zulassen werde (Interview 5, Pos. 10). Die Forschende beschreibt dies als „Wasserstoff Fata Morgana“.

Hinzu kommt, dass Wasserstoff nach Ansicht der Interviewten in einigen Kreisen als Energieträger gehandelt wird, der eine Ausflucht aus der Notwendigkeit der Umstellung auf Erneuerbare Energien bietet (Interview 4, Pos. 16 & 18). Die Forschende bezeichnet dies als „Wasserstoffflucht“. Nach der Farbenlehre des Wasserstoffs (siehe Tabelle 1) sehen einige Akteur:innen insbesondere in grauem oder blauem Wasserstoff eine Möglichkeit, die Dekarbonisierung voranzutreiben, ohne vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen. Dies bietet eine scheinbare „Ausflucht“ aus der Notwendigkeit einer umfassenden Energiewende. Auch das identifizierte Phänomen „Rückstandsangst“ kann als ursächlich für den Wunsch, Wasserstoff einzusetzen, betrachtet werden. So beschreiben zwei Interviewte die tragende Rolle von Wasserstoff für die Zukunft der Thüringer Wirtschaft und die Angst, abgehängt zu werden, sollte der Umstieg auf Wasserstoff nicht gelingen (Interview 1, Pos. 51). Besonders für Industrieansiedlungen spielt die Verfügbarkeit von Wasserstoff demnach eine wichtige Rolle (Interview 5, Pos. 12).

Der Wunsch, Wasserstoff flächendeckend als Substitut für bestehende Energietechnologien einzusetzen, sieht sich einer Reihe erheblicher Herausforderungen gegenüber. Zu den größten Hürden zählen laut Interviewten die enormen Kosten, die mit der Produktion, Speicherung und dem Transport von Wasserstoff verbunden sind („Hohe Kosten“) (Interview 3, Pos. 4). Diese finanziellen Anforderungen stellen eine beträchtliche Belastung dar, die bislang nur schwer zu bewältigen

und für die Zukunft einzuschätzen ist. Sie ist in einem weiteren entwickelten Phänomen, der „Technorealitätslücke“ erfasst. Dieser Begriff beschreibt die Kluft zwischen dem technologisch möglichen und den wirtschaftlich rentablen Möglichkeiten (Interview 3, Pos. 8). Obwohl die Wasserstofftechnologie theoretisch viele Vorteile bietet, ist sie oft noch nicht wirtschaftlich tragfähig im Vergleich zu bestehenden Technologien (siehe Kapitel 2).

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist das Fehlen ausreichender Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien, die notwendig sind, um grünen Wasserstoff zu produzieren („Skalierungsengpass“). Derzeit reichen die in Thüringen bestehenden Kapazitäten nicht aus, um den Bedarf an erneuerbarer Energie für die Wasserstoffproduktion zu decken (Interview 3, Pos. 8). Dies beeinflusst die „Machbarkeit“ erheblich.

Kontext. Kontextfaktor für die Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz ist zunächst die „Dekarbonisierungsnotwendigkeit“. Wie in Kapitel 1 und 2 beschrieben, wird Wasserstoff als Hoffnungsträger der Dekarbonisierungsbestrebungen im Energiesystem gesehen. In verschiedenen Strategien hat Deutschland und auch Thüringen sich dazu bekannt, bestimmte Ziele im Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu verfolgen (Interview 3, Pos. 6). Außerdem kann die energetische Abhängigkeit von Russland als Kontextfaktor betrachtet werden. Diese Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Erdgas, die im Lichte des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine deutlich geworden ist, hat die Notwendigkeit verstärkt, auf alternative Energiequellen zu setzen. So sollen Energiesicherheit gewährleistet und geopolitische Risiken minimiert werden. Die Herstellung von Wasserstoff vor Ort ist somit ein Faktor zur Unabhängigkeit, sowohl geopolitisch als auch ökonomisch (Interview 2, Pos. 8). Auch die „Entscheidungs-Zentralisierung auf Bundesebene“ wirkt insofern als Kontext, als dass sie die handelnden Akteur:innen in ihrer Handlungsmacht einschränkt (Interview 3, Pos. 14; Interview 4, Pos. 20).

Handlungsstrategien. Die Akteur:innen nennen zwei wesentliche Strategien, um mit dem Phänomen umzugehen. Die eine ist die ausschließliche Nutzung des vorhandenen Wasserstoffs für energieintensi-

ve Industrien (Interview 6, Pos. 4; Interview 3, Pos. 4). Diese haben einen besonders hohen Energiebedarf und alternative Technologien zur Elektrifizierung sind entweder nicht verfügbar oder ineffizient. Für diese Sektoren, in Thüringen beispielsweise die Glas- und Porzellanindustrie, ist Wasserstoff demnach besonders interessant. In den Interviews wird jedoch auch deutlich, dass die Interviewten eine direkte Elektrifizierung in anderen Bereichen für wesentlich sinnvoller halten als den Einsatz von Wasserstoff („E-Priorität“) (Interview 4, Pos. 8; Interview 4, Pos. 12; Interview 5, Pos. 10). Diese Priorisierung beruht darauf, dass bei der Umwandlung elektrischer Energie in Wasserstoff und dessen Rückwandlung in Strom erhebliche Energieverluste auftreten (Interview 1, Pos. 12). Diese Verluste könnten vermieden werden, wenn erneuerbare Energiequellen direkt zur Elektrifizierung genutzt würden, ohne den „Umweg“ über die Wasserstoffproduktion zu gehen.

Intervenierende Bedingungen. Als intervenierende Bedingung wirkt auch in diesem Fall die Preisentwicklung. Zum jetzigen Stand kann niemand einschätzen, welches Preisniveau Wasserstoff potenziell erreichen wird (Interview 2, Pos. 12, 30; Interview 3, Pos. 12). Sollte der Preis sich auf niedrigem Niveau einpendeln, so ist es möglich, dass sich die „Machbarkeit“ wahrnehmbar verbessert. Wasserstoff wäre dann als Massenmedium nutzbar und damit eine ernstzunehmende Konkurrenz zur Elektrifizierung, weil er erschwinglich ist. Sollte der Preis jedoch stark steigen, so kann es sein, dass auch die energieintensiven Industrien auf dessen Nutzung verzichten, um wirtschaftlich rentabel zu bleiben.

Auch „techno-sozio-ökologische Spannungsfelder“ beeinflussen die Wahl und Umsetzung der Handlungsstrategien (Interview 1, Pos. 28). Hierbei handelt es sich um Konflikte, die aus den Wechselwirkungen zwischen der Erzeugung erneuerbarer Energien und Mensch und Natur entstehen. So kommt es beispielsweise zu Konflikten mit der Natur – begründet etwa durch Vogelschlag bei Windkraftanlagen – sowie sozialen Konflikten, die durch die Lautstärke und den Schattenwurf solcher Anlagen entstehen. Diese Herausforderungen führen oft zu Widerstand seitens der Bevölkerung, insbesondere dann, wenn erneu-

erbare Energieprojekte in direkter Nachbarschaft geplant sind. Der Widerstand der Bürger:innen gegen solche Projekte, bekannt als das „Not in My Backyard“-Phänomen (NIMBY¹²), kann die Umsetzung von Ausbauplänen der Erneuerbaren Energien und somit auch Elektrifizierungsbestrebungen erheblich verzögern (Interview 4, Pos. 14).

Konsequenzen. Was folgt ist, dass Wasserstoff aller Voraussicht nach nur selektiv nutzbar und nützlich sein wird – in den energieintensiven Industrien („Selektiver Wasserstoffnutzen“) (Interview 2, Pos. 8, Pos. 18; Interview 5, Pos. 10). Es bleibt eine „Elite-Option“, also eine Wahlmöglichkeit für finanziell gut aufgestellte Akteur:innen (Interview 2, Pos. 48). Dies verdeutlicht die „entzauberten Wasserstoffträume“, bei denen die ursprünglichen Erwartungen und Visionen bezüglich der Rolle von Wasserstoff oft nicht vollständig erfüllt werden. So beschreibt eine:r der Akteur:innen sich selbst als weit davon entfernt, wie vor zehn oder 15 Jahren daran zu glauben, dass Thüringen Wasserstoff-Pionierland wird (Interview 3, Pos. 6). Besonders deutlich wird das in der Aussage: „Ja, Wasserstoff ist einer der Energieträger, die wir brauchen für die Energiewende. Aber es ist nicht der Heilsbringer“ (Interview 4, Pos. 8).

4.3 Die beeinflussenden Aspekte

Energiepolitik in Thüringen stellt sich als ein besonders komplexes und umstrittenes Politikfeld dar, wie das Datenmaterial zeigt. Das zentrale Phänomen, das sich aus den Interviews herauskristallisiert hat, wurde als „Energiepolitik als politisches Schlachtfeld“ (*In-Vivo-Kode*, Interview 3, Pos. 18) charakterisiert. Im folgenden Kapitel werden die relevanten Aspekte erläutert, die laut den Interviewpartner:innen zur Wahrnehmung der Energiepolitik als solches Schlachtfeld beitragen.

12 Der Ausdruck bezieht sich auf „[...] eine Art politischer Aktivität, die als Reaktion auf die Planung und Ansiedlung bestimmter Einrichtungen [...] entsteht, die von den in den betreffenden Gebieten lebenden Bürgern oder Gemeinden in der Regel nicht gewünscht werden. Solche Einrichtungen fallen unter die allgemeine Bezeichnung LULUs („lokal unerwünschte Landnutzungen“) (Bitonti, 2022, S.916).

Diese Aspekte bilden die Grundlage für das Verständnis der Dynamiken und Konflikte, die das politische Handeln im Bereich der Energiepolitik in Thüringen prägen. Nicht in allen Fällen wurde ein vollständiges Modell nach Vorbild des axialen Kodierparadigmas entwickelt. Als Konsequenz kann bei jedem beeinflussenden Aspekt das Hauptphänomen, die „Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld“ betrachtet werden.

4.3.1 Ideopolitische Energiepräferenzen

Das erste identifizierte Phänomen, das als beeinflussend für die Wahrnehmung der Interviewpartner:innen als politisches Schlachtfeld betrachtet werden kann, betitelt die Forschende als „ideopolitische Energiepräferenzen“ (siehe Abbildung 5).

Bei Energiefragen ist es so, dass es eine eigenartige Verknüpfung gibt zwischen politischer Einstellung und der Energieform, die man positiv bewertet. (Interview 1, Pos. 34)

„Ideopolitische Energiepräferenzen“ beschreibt die Annahme, dass es einen Zusammenhang zwischen den politischen Überzeugungen und ideologischen Standpunkten einer Person und der Bewertung und Wahl von Energiequellen gibt. Statt rationaler oder technischer Erwägungen stehen hier die wertebasierten Überzeugungen im Vordergrund, die maßgeblich beeinflussen, welche Energiequellen bevorzugt oder abgelehnt werden. Ein Beispiel, das eine interviewte Person anführt, verdeutlicht diese Verknüpfung: dieser Ansicht nach erachten konservative CDU-Wähler:innen Atomkraft als sinnvoll, während die Wählerschaft der Grünen diese strikt ablehnt. Ähnlich verhält es sich bei den erneuerbaren Energien: In konservativ-bürgerlichen Kreisen würde Windkraft tendenziell negativ beurteilt, während Photovoltaik, Biomasse und Geothermie als positiv angesehen würden. Umgekehrt bewertete die Wählerschaft der Grünen Windkraft positiv, während Photovoltaik, Biomasse und Geothermie eher negativ beurteilt werden (Interview 1, Pos. 34). Bei gleicher vorliegender Faktenlage kommen

so verschiedene Menschen zu unterschiedlichen Auffassungen – wegen unterschiedlicher politischer Ansätze (Interview 4, Pos. 34).

Die Annahme der Existenz ideopolitischer Energiepräferenzen kann als ein Erklärungsfaktor dienen, warum es innerhalb der politischen Landschaft und der thüringischen Gesellschaft große Unterschiede in den Präferenzen für verschiedene Energieerzeugungsarten gibt (Interview 4, Pos. 38; Interview 5, Pos. 38). Interviewte:r 2 betont, dass es weniger auf das Parteibuch, als vielmehr auf die einzelne Person und ihre Offenheit gegenüber neuen Energietechnologien ankommt (Interview 2, Pos. 42). Während Interviewte:r 1 über die Organisationsebene spricht, bezieht sich Interviewte:r 2 auf die Mikro- bzw. Individualebene. Insofern widersprechen die beiden Aussagen sich nach Ansicht der Forschenden nicht, sondern können als komplementär gesehen werden.

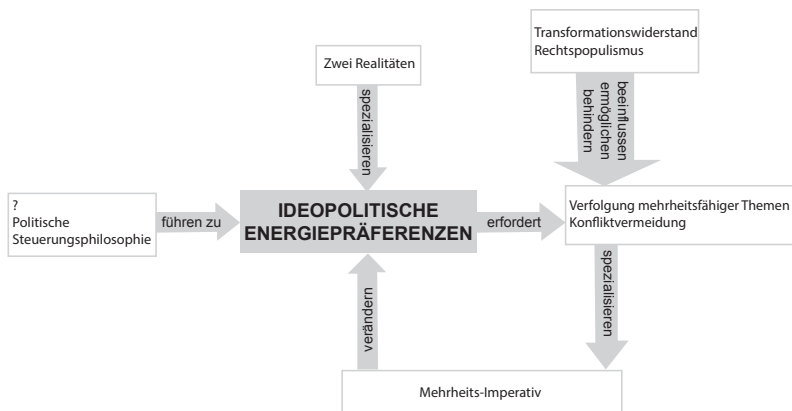


Abbildung 5: Ideopolitische Energiepräferenzen, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Im Datenmaterial lassen sich nur bedingt Aussagen finden, die auf konkrete Ursachen für das Phänomen hindeuten („?“). Eine Ursache kann die „politische Steuerungsphilosophie“ (Interview 4, Pos. 34) sein. Diese Bezeichnung bezieht sich auf die grundlegende Haltung eines:iner politischen Akteur:in gegenüber dem Zusammenspiel von Marktmechanismen und staatlichen Eingrif-

fen. Die politische Steuerungsphilosophie beschreibt, inwieweit der:die Akteur:in der Ansicht ist, dass staatliche Maßnahmen zur Regulierung des Marktes erforderlich sind, oder ob allein marktwirtschaftliche Mechanismen existieren sollten. Wie in Kapitel 1 beschrieben, besteht in der Energiewirtschaft bis 2030 ein Investitionsbedarf von 1,2 Billionen Euro, die zu großen Teilen vom Staat getragen werden sollen. Die „politische Steuerungsphilosophie“ kann gegebenenfalls erklären, warum unterschiedliche politische Gruppen unterschiedliche Energieträger bevorzugen beziehungsweise warum Menschen, die staatliche Eingriffe eher befürworten, auch Erneuerbare Energien unterstützen.

Kontext. Das Phänomen ist in einen Kontext eingebettet, den die Forschende als „zwei Realitäten“ beschreibt (Interview 1, Pos. 40). Die erste Realität betont die Notwendigkeit des Klimaschutzes und der Transformation. Hier wird die Dringlichkeit unterstrichen, dass umfassende Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Umstellung auf nachhaltigere Energien und Wirtschaftsweisen notwendig sind. Im Gegensatz dazu steht die zweite Realität, die den Widerstand gegen Eingriffe in persönliche Entscheidungen beschreibt. Viele Menschen empfinden Klimaschutzmaßnahmen als bevormundend oder einschränkend und lehnen sie deshalb ab. Die Betroffenen fühlen sich durch solche Maßnahmen in ihrer Autonomie eingeschränkt und betrachten sie als unangemessen oder unzulässig. Die Dichotomie verdeutlicht einen Spannungsbereich, in dem die Dringlichkeit des Klimaschutzes auf den Widerstand gegen Eingriffe in persönliche Freiheiten trifft. Dieser spezifische Kontext hat vor allem Auswirkungen auf die Handlungsstrategien.

Handlungsstrategien. Im Datenmaterial konnte eine Handlungsstrategie ausgemacht werden, mit der einer der Befragten auf ideopolitische Energiepräferenzen reagiert: Verfolgung mehrheitsfähiger Ideen und Konfliktvermeidung. Interviewte:r 1 skizziert eine Vorgehensweise, bei der Themen zunächst probeweise in den Diskurs eingebracht werden, um deren Resonanz innerhalb der breiten Öffentlichkeit oder spezifischer Interessengruppen zu evaluieren (Interview 1, Pos. 38). Dieser Prozess dient dazu, die Mehrheitsfähigkeit eines Themas zu testen

und zu beurteilen, ob es ausreichend Unterstützung erhält. Wenn sich herausstellt, dass ein Thema mehrheitsfähig ist, wird es konsequent weiterverfolgt und in den politischen oder gesellschaftlichen Diskurs eingebracht (Interview 1, Pos. 38). Dies erfolgt selbst dann, wenn die betreffende Person das Thema als „irrational“ empfindet oder persönliche Zweifel an dessen Sinnhaftigkeit hat.

Ich bin halt jemand, der eher fachlich im Detail drinsteckt und das deswegen irrational findet. Und deswegen, sage ich mal, habe ich vielleicht ein anderes Mindset als der Rest quasi der konservativ bürgerlichen Wähler. (Interview 1, Pos. 38)

Die beschriebene Handlungsstrategie legt somit einen besonderen Schwerpunkt auf die Umsetzung und den politischen Erfolg eines Themas. Die rationale oder inhaltliche Validität spielen eine untergeordnete Rolle. Stattdessen steht die Ermittlung der (positiven) Resonanz und Akzeptanz des Themas im Vordergrund, um dessen Erfolgsaussichten zu maximieren.

Intervenierende Bedingungen. Als intervenierende Bedingung wirken insbesondere gesellschaftliche Kräfte, die gegen die Transformationsprozesse arbeiten, hier als „Transformationswiderstand“ bezeichnet (Interview 1, Pos. 40). Dieser Widerstand manifestiert sich in verschiedenen Formen (zum Beispiel im Austausch in Telegram-Chats, Bürgerinitiativen) und durch unterschiedliche Akteur:innen, die sich gegen die Implementierung von Maßnahmen stellen. Zudem verstärken sogenannte „Wahrnehmungsblasen“, in denen sich die betroffenen Personen primär mit Gleichgesinnten austauschen, das wahrgenommene Problem. In solchen Echo-Kammern, wie denen in Telegram-Chats, werden bestehende Überzeugungen verstärkt und der Zugang zu widersprechenden Informationen oder Perspektiven erschwert, was die politische Polarisierung weiter verschärfen kann (Interview 1, Pos. 40). Politische Entscheidungsträger:innen, die diese Äußerungen wahrnehmen, können dazu neigen, auch Maßnahmen zu verfolgen, die ihnen selbst möglicherweise irrational erscheinen. Dies geschieht aufgrund der Überzeugung, dass sie in der Lage sind, diese Maßnahmen erfolgreich durchzusetzen. Die Aussicht auf politischen Erfolg kann dazu führen, dass rationale Überlegungen in den Hintergrund rücken und

stattdessen weniger fundierte Ideen weiterverfolgt werden, da sie mehrheitsfähig und damit realisierbar erscheinen.

Ein besonders bedeutender Faktor in diesem Zusammenhang ist das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien. In Thüringen zeigt sich dies konkret durch die zunehmende politische Bedeutung der Alternative für Deutschland (AfD). Die rechtsextreme AfD spielt demnach eine zentrale Rolle beim Widerstand gegen die notwendigen Transformationen (Interview 1, Pos. 42). Durch die ablehnende Haltung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen und erneuerbaren Energien, beziehungsweise die Leugnung der Klimakrise wird dazu beigetragen, dass Technologien, die die Reduzierung von Treibhausgasemissionen fördern sollen, in ihrem politischen Lager negativ bewertet werden (Interview 1, Pos. 42). Gleichzeitig fördert die AfD die Akzeptanz von fossilen Brennstoffen und Kernkraft als vermeintlich stabile und sichere Energiequellen. Diese intervenierende Bedingung übt einen ähnlichen Einfluss auf die Handlungsstrategien aus wie der oben beschriebene „Transformationswiderstand“.

Konsequenzen. Die Forschende erkennt als Konsequenz den „Mehrheits-Imperativ“. Damit ist gemeint, dass politische Entscheidungsträger:innen unter Umständen dazu neigen können, Entscheidungen zu treffen, die der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung entsprechen. Selbst dann, wenn diese nicht immer rational oder wissenschaftlich fundiert sind. Der Druck, mehrheitsfähig zu handeln oder zu entscheiden, kann dazu führen, dass politische Entscheidungen stark von der Notwendigkeit beeinflusst werden, breite Unterstützung zu gewinnen. Fundierte Analysen können dabei in den Hintergrund rücken. Dies trägt weiterhin zur Wahrnehmung der Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld bei, denn Meinungen aus der Bevölkerung können von politischen Entscheidungstragenden aufgegriffen und als Standpunkte weiterverfolgt werden, was wiederum von anderen Akteur:innen als nicht nachvollziehbar, oder auch überraschend wahrgenommen werden kann. In diesem Zusammenhang zeigt sich das Spannungsverhältnis der politischen Verantwortung. Politische Entscheidungsträger:innen als Vertreter:innen des Volkes sollen die vielfältigen Meinun-

gen der Bevölkerung widerspiegeln. Dies kann jedoch zu Konflikten führen, wenn verschiedene Akteur:innen unterschiedliche Interessen haben.

4.3.2 Populismuskapitulation

Wie bereits im vorherigen Unterkapitel angedeutet, spielt auch Populismus nach Wahrnehmung der Befragten in Thüringen eine Rolle. Auf die Frage „Welche Faktoren beeinflussen politische Entscheidungen, wenn wir über Energie- oder Umweltpolitik sprechen?“ antwortete Interviewte:r 4:

Na Populismus vor Ort. Also man muss ja auch wiedergewählt werden. Das heißt, so eine Stimmung ist halt entscheidend. (Interview 4, Pos. 24)

Populismus im lokalen Kontext hat demnach entscheidenden Einfluss auf politische Entscheidungen, da die politische Zukunft der Entscheidungsträger:innen maßgeblich von den Stimmungen in ihren jeweiligen Wahlkreisen abhängt. Die Kapitulation zeigt sich darin, dass politische Entscheidungsträger:innen eigenes Verhalten ändern, um der öffentlichen Meinung vor Ort gerecht zu werden und sich politische Unterstützung zu sichern (siehe Abbildung 6).

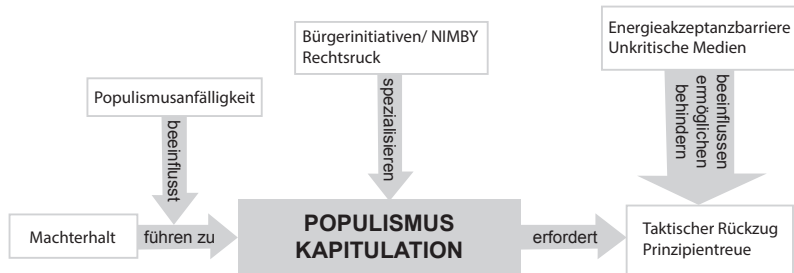


Abbildung 6: Populismuskapitulation, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Die zugrundeliegende Ursache liefert der:die Interviewte gleich mit: das Interesse der Politiker:innen, wiedergewählt zu werden, das Streben nach „Machterhalt“ (Interview 4, Po. 24).

4.3 Die beeinflussenden Aspekte

Und wenn hier in dem Wahlkreis, wo wir jetzt hier sind, die Bürgerinitiativen gegen Windkraft sehr, sehr stark sind, dann neigen natürlich viele dazu, zu sagen Dann sind wir natürlich gegen Windkraft (Interview 4, Pos. 24)

Das Bestreben, politisch erfolgreich zu bleiben, kann demnach dazu führen, sich an populistischen Forderungen zu orientieren. Diese werden häufig durch lokale Initiativen artikuliert, welche ihre Forderungen an die Politik herantragen. Die Tendenz zur Anpassung an das am lautesten artikuliert Meinungsbild ist jedoch nach Meinung der Interviewten keine inhärente Eigenschaft jedes:jeder Politiker:in. Im Gegenteil, unterschiedliche Parteien und Politiker:innen werden als in unterschiedlichem Maße anfällig für Populismus beschrieben. Diese „Populismusanfälligkeit“, also das Ausrichten der eigenen Positionen an den unmittelbar geäußerten Bedürfnissen der Bevölkerung, ist nach Ansicht von Befragte:r 2 in unterschiedlichem Maße zu finden (Interview 2, Pos. 22).

Also dass man hier halt viel Angst hat vor diesen lautstarken Windkraftgegnern zum Beispiel, die dann eben massiv den politischen Diskurs mit beeinflussen und das aber mit Blick auf die CDU dann auch wieder, glaube ich, so eine Art Spiegeleffekt ist, weil die CDU auch aktiv dann den Frust auf Windräder antreibt, anstatt dem entgegenzusetzen. (Interview 2, Pos. 22)

Die Ergebnisse zeigen, dass die politischen Entscheidungsträger:innen mit Furcht auf die Windkraftgegner:innen reagieren, weil sie einen großen Einfluss auf den politischen Diskurs haben. Vor allem Mitglieder der CDU scheinen den Widerstand aktiv zu verstärken, anstatt ihm entgegenzuwirken (Interview 2, Pos. 22). Dies führt zu einem „Spiegeleffekt“, bei dem die ablehnende Haltung in der Bevölkerung und die politische Position der Partei sich gegenseitig verstärken. Dadurch wird der Widerstand gegen Windkraft ausgebaut, was wiederum den Fortschritt im Bereich der erneuerbaren Energien verzögern kann.

Ein hohes Maß an Populismusanfälligkeit kann einhergehen mit dem Fehlen von langfristigen Überlegungen. Dies kann dazu führen, dass Entscheidungen vereinfacht oder irrational getroffen oder auf emotional aufgeladene Themen reduziert werden, um Wählerstimmen zu mobilisieren. Die Populismusanfälligkeit beeinflusst damit das Stre-

ben nach Machterhalt und damit auch die Ausprägung des Phänomens „Populismuskapitulation“. Im axialen Kodierparadigma ist es daher gesondert aufgeführt.

Kontext. Der Kontext, in dem politische Entscheidungsträger:innen mit Populismus umgehen müssen, ist gekennzeichnet durch viele lokale Bürgerinitiativen und eine NIMBY- Stimmung (Interview 4, Pos. 14). Bürger:innen sprechen sich zwar häufig grundsätzlich für bestimmte Maßnahmen oder Projekte aus, lehnen jedoch deren Umsetzung in ihrer unmittelbaren Umgebung ab. Zusätzlich beeinflusst die Verschiebung politischer und gesellschaftlicher Diskurse nach rechts das politische Klima und die Entscheidungsfindung (Interview 1, Pos. 42; Interview 4, Pos. 45). Dieser Trend verstärkt den Druck auf politische Entscheidungsträger:innen, populistische Forderungen und lokale Interessen zu berücksichtigen, selbst wenn dies nicht immer den langfristigen politischen Zielen entspricht.

Handlungsstrategien. Im Datenmaterial lassen sich zwei Strategien finden, wie auf den Populismus reagiert wird: Taktischer Rückzug und Prinzipientreue. „Taktischer Rückzug“ beschreibt die Strategie, die eigene Position an die Stimmung vor Ort anzupassen und kann daher auch als opportun bezeichnet werden. Opportun meint hier, die eigenen Ansichten und Überzeugungen derart zu modifizieren, dass sie mit populistischen Forderungen übereinstimmen. Unmittelbare politische Vorteile zu erzielen, ist das Ziel dieser Strategie. Diese Art der Anpassung kann langfristig zum Stillstand führen, wenn die populistischen Ansätze nicht zur Problemlösung beitragen. Die Forschende bezeichnet dies daher als „taktischer Rückzug“. Der taktische Rückzug zielt darauf ab kurzfristige Konflikte zu vermeiden, adressiert jedoch die zugrunde liegenden Problemstellungen nicht (ausreichend) (Interview 4, Pos. 14).

Im Gegensatz dazu beschreibt Interviewte:r 4 die „Prinzipientreue“ als weitere Herangehensweise. Hier wird versucht, die gesellschaftliche Stimmung aktiv zu verändern, um die Bevölkerung bei der Energiewende mitzunehmen. Diese Strategie bleibt unbeeinflusst von populistischen Trends. Prinzipientreue bedeutet in diesem Kontext also, sich nicht nur an den momentanen Meinungsartikulationen zu orientieren,

sondern eine langfristige Vision zu verfolgen und die Bevölkerung auf Grundlage fundierter Argumente und materieller Anreize für das eigene Ziel zu gewinnen (Interview 4, Pos. 14; Interview 5, Pos. 16).

Intervenierende Bedingungen. Als intervenierende Bedingungen wirken die „Energieakzeptanzbarriere“ sowie „unkritische Medien“. Als Energieakzeptanzbarriere beschreibt die Forschende die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der Erzeugung Erneuerbarer Energien (Interview 1, Pos. 26). Diese wiederum hat einen Einfluss auf die Herstellung von grünem Wasserstoff: „Und da können wir uns schöne Konzepte machen, auch Wasserstoffstrategien. Aber am Ende muss der Wasserstoff ja irgendwo herkommen“ (Interview 4, Pos. 14). Diese Bedingung beeinflusst beide genannten Handlungsstrategien. Der „taktische Rückzug“ kann durch die „Energieakzeptanzbarriere“ in seiner zeitlichen Abfolge und seiner inhaltlichen Ausrichtung beeinflusst werden. Politische Akteur:innen können schneller auf Populismus reagieren und sich weiter in das Spiegeln der Meinungen flüchten, in dem sie auf die vermeintliche Nicht-Akzeptanz der Bevölkerung verweisen. Die Energieakzeptanzbarriere kann die Prinzipientreue in der Art beeinflussen, dass sie die Effektivität dieser Strategie beeinflusst. Das Gewinnen von Akzeptanz und breiter Unterstützung innerhalb der Bevölkerung für die notwendigen Veränderungen kann erschwert werden.

Auch die „unkritischen Medien“, beziehungsweise das Monopol der Funke-Mediengruppe in Thüringen haben einen Einfluss auf die Handlungsstrategien. In dem keine journalistische Einordnung erfolgt, kann es dazu führen, dass Einzelmeinungen sehr viel Raum bekommen und als gleichwertig neben anderen, faktenbasierten Argumenten aufgeführt werden. Interviewte:r 4 beschreibt so, dass es „[...] im Regionalteil [...] am schlimmsten“ sei (Interview 4, Pos. 49–51). Für Politiker:innen, die in ihren Wahlkreisen wiedergewählt werden wollen, ist es besonders wichtig, ihre Positionen in diesen Regionalteilen vertreten zu sehen. Das verstärkt den Druck, populären oder populistischen, jedoch nicht immer faktenbasierten Meinungen nachzugeben. Dies kann zur weiteren Politisierung und Verhärtung der Debatte beitragen.

4.3.3 Unkritische Medien

Wie im vorherigen Kapitel angedeutet, nehmen die Medien in Thüringen eine zentrale und einflussreiche Rolle bei der Gestaltung politischer Entscheidungen ein. Diese Rolle wird von den Befragten als „gigantisch“ und „entscheidend“ beschrieben (Interview 6, Pos. 27). Das deutet darauf hin, dass die „unkritischen Medien“ (siehe Abbildung 7) nicht nur als Informationsquelle, sondern als aktiver Akteur im politischen Prozess wahrgenommen werden. Der Einfluss der Medien auf die öffentliche Debatte ist dabei so groß, dass er die politische Meinungsbildung in erheblichem Maße prägt und möglicherweise sogar politische Prioritäten beeinflusst (Interview 2, Pos. 26). Die Interviewten beschreiben den Eindruck, dass es eine zunehmende Gleichbehandlung von unterschiedlich gewichtigen Argumenten gibt (Interview 5, Pos. 24).

Wenn jemand sagt, von Windkraft bekommt man Krebs, wofür es keinerlei Anhaltspunkte gibt, dann kann das nicht eins zu eins stehen mit dem, dass es keinen Krebs gibt. Aber das wird immer mehr so gemacht. (Interview 5, Pos. 24)

Durch diese unkritische, unreflektierte Gleichbehandlung scheint es, als wären alle Argumente und Meinungen, faktenbasiert oder nicht, gleichwertig. Von den Personen, die Medien konsumieren, erfordert das eine enorme Eigenleistung in der Einordnung und Kontextualisierung der Aussagen. Auch Interviewte:r 6 betont, dass häufig keine klare Trennung zwischen Sachinformationen oder Fakten und persönlichen Meinungen erfolgt (Interview 6, Pos. 29). Zudem wird in den Interviews die Besorgnis geäußert, dass falsche Informationen zunehmend an Einfluss gewinnen (Interview 6, Pos. 27).

4.3 Die beeinflussenden Aspekte



Abbildung 7: Unkritische Medien, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Zwei Ursachen für das Phänomen können in den Daten ausgemacht werden: „mangelnde Expertise“ und „Aufmerksamkeitsökonomie“. Ein zentrales Problem wird in der mangelnden fachlichen Expertise innerhalb der Redaktionen gesehen („mangelnde Expertise“). Insbesondere im Bereich der Energiepolitik fehle es häufig an spezialisierten Fachredakteur:innen, was dazu führt, dass eine tiefgehende und fundierte Einordnung der komplexen Themenfelder oft ausbleibt (Interview 2, Pos. 26). Eine fehlende fachliche Expertise kann den Lesenden die Einordnung erschweren.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die starke Fokussierung auf Aufmerksamkeit und Klicks („Aufmerksamkeitsökonomie“). Die Interviewten weisen darauf hin, dass Überschriften und Artikel zunehmend so gestaltet werden, dass sie vor allem dazu dienen, möglichst viel Aufmerksamkeit zu generieren, anstatt sachlich zu informieren (Interview 5, Pos. 24; Interview 6, Pos. 29). „[...] das höchste Gut in unserer Gesellschaft ist nicht etwa Wasserstoff, sondern ist die Aufmerksamkeit und die zu kriegen wird immer schwerer“ (Interview 6, Pos. 30). Diese Fixierung auf Aufmerksamkeit als knappe Ressource in der Medienlandschaft führt dazu, dass Inhalte häufig vereinfacht oder zugespitzt werden, um das Interesse der Lesenden zu wecken.

Kontext. Als Kontext spielt die Dominanz der Funke-Mediengruppe in Thüringen eine entscheidende Rolle. Die Interviewten weisen darauf hin, dass Berichterstattungen häufig aus den immer gleichen Quellen stammen, was zu einer starken Homogenisierung der Medieninhalte führt. Diese Konzentration wird metaphorisch als „[...] alles eine Soße“ (Interview 6, Pos. 29), beschrieben. Das Monopol der Funke-Mediengruppe führt zu einer Einschränkung der medialen Vielfalt und kann zur Folge haben, dass die Konsument:innen des Medienangebots kaum Zugang zu alternativen oder divergierenden Ansichten erhalten.

Handlungsstrategien. Im Rahmen der Interviews wurde deutlich, dass eine zentrale Strategie der Politik darin besteht, als Vermittler:in wissenschaftlicher Erkenntnisse zu agieren („Wissenschaftskommunikation“) (Interview 6, Pos. 16). Ein:e Interviewte:r hebt hervor, dass er:sie es als Aufgabe der Politik betrachtet, einen wesentlichen Beitrag zur Wissenschaftlichkeit in der öffentlichen Debatte zu leisten. Dies wird zugleich als eine zwingende Notwendigkeit angesehen (Interview 5, Pos. 48). Diese Rolle als „Wissenschaftskommunikator“ erfordert, dass politische Akteur:innen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur verständlich vermitteln, sondern auch aktiv dazu beitragen, dass wissenschaftlich fundierte Argumente in den politischen Diskurs einfließen und dort berücksichtigt werden.

Darüber hinaus betonte Interviewte:r 5, dass insbesondere Ministerien eine Schlüsselrolle in der Verstärkung dieser Wissenschaftskommunikation übernehmen sollten. Sie sind gefordert, wissenschaftliche Erkenntnisse kontinuierlich zu kommunizieren und ihre Strategien entsprechend anzupassen, wenn sich die wissenschaftliche Studienlage verändert (Interview 5, Pos. 48). Dies bedeutet, dass die Politik flexibel auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse reagieren und ihre Maßnahmen entsprechend anpassen muss, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen stets auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft basieren.

Eine weitere Strategie ist die „Positiv-Emotionalisierung“. Diese Methode legt den Schwerpunkt darauf, durch gezielte emotionale Ansprache wissenschaftliche Inhalte zu transportieren. Durch das Auslösen

positiver Gefühle soll die Unterstützung und Akzeptanz der Zielgruppe gewonnen werden.

Die Gefühle sind der entscheidende Faktor für alles. Also das nenne ich aber dann, das würde ich dann Kommunikation nennen. Das heißt, ich muss, ich muss es so erzählen, dass es gute Gefühle auslöst. (Interview 5, Pos. 48)

Der Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass emotionale Reaktionen entscheidend für die Wahrnehmung und Bewertung von Informationen sind. Daher wird die Kommunikation so gestaltet, dass sie positive Emotionen auslöst, um Personen von eigenen Standpunkten zu überzeugen (Interview 5, Pos. 48).

Intervenierende Bedingungen. Der „Medienwandel“ als Übergang von klassischen Medienformaten hin zu einer zunehmenden Relevanz sozialer Medien, stellt eine intervenierende Bedingung dar (Interview 1, Pos. 40). Wissenschaftskommunikation muss in anderen als den „klassischen“ Medien stattfinden und sich an die jeweilige Art der Kommunikation und Zielgruppe anpassen.

Konsequenz. In den Interviews wurde hervorgehoben, dass die politische Kommunikation zunehmend darauf ausgerichtet ist, positive Emotionen bei der Zielgruppe zu wecken. Dabei wird betont, dass die Grundlage dieser Kommunikation wissenschaftlich fundiert sein muss und sich am Gedanken der Aufklärung orientieren sollte (Interview 5, Pos. 48). Eine auf positive Gefühle ausgerichtete Art der Kommunikation könnte nach Ansicht der Forschenden dazu führen, dass komplexe oder unangenehme wissenschaftliche Fakten möglicherweise vereinfacht oder weniger betont werden, um eine positive öffentliche Resonanz zu gewährleisten („Faktenkomprimierung“).

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Medien eine erhebliche Macht besitzen, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Es wird darauf hingewiesen, dass Entscheidungen, die eigentlich durchsetzbar wären, aufgrund des medialen Drucks verändert oder zurückgenommen werden („Entscheidungs-Revision“) (Interview 6, Pos. 27). Dies verdeutlicht nicht nur die enorme Einflusskraft der Journalist:innen, sondern auch die Spannungen, die entstehen können, wenn politisch Verant-

wortliche sich gezwungen sehen, sich trotz fachlicher Einigkeit von bestimmten Positionen öffentlich zu distanzieren.

4.3.4 Lobbyorchestrierter Energiediskurs

Interviewte:r 3 beschreibt, dass sowohl die Debatte um E-Fuels als auch um Wasserstoff maßgeblich von Lobbyinteressen beeinflusst wird (Interview 3, Pos. 18, siehe Abbildung 8). Welche Energieträger als mögliche Option gedacht werden, hängt nach Ansicht des:der Interviewten maßgeblich vom Lobbyismus und der jeweiligen Empfänglichkeit der einzelnen Parteien ab („Lobbyorchestrierter Energiediskurs“).

Und da würde ich schon sagen, dass diese Debatte [...] um Wasserstoff als Energieträger am Ende schon auch ein Stück weit eine Lobby-Frage ist also, wer macht mit welchem Interesse sozusagen Lobby für so einen für den jeweiligen Energieträger. (Interview 3, Pos. 18)

Die entscheidende Frage dabei sei, bei welchen Akteur:innen oder politischen Entscheidungsträger:innen diese Lobbyarbeit am ehesten verfängt und Wirkung zeigt (Interview 3, Pos. 22).

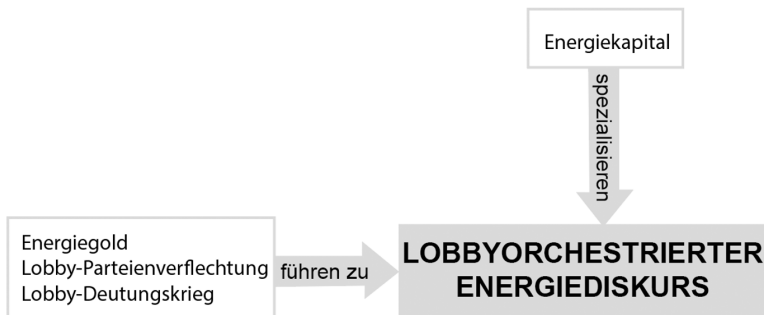


Abbildung 8: Lobbyorchestrierter Energiediskurs, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Die Frage nach der Energieerzeugungsart beschreibt Interviewte:r 3 als lukratives Geschäftsmodell (Pos. 18). Die Energieerzeugung ist ein Feld, welches stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt ist. Die Entscheidung für bestimmte Technologien wird

so nicht nur durch ihre Umweltfreundlichkeit, sondern auch durch die Rentabilität und die damit verbundenen finanziellen Investitionen entschieden („Energiegold“).

Der Einfluss der Lobbyarbeit auf die Gestaltung des Energiediskurses zeigt sich darin, wie bestimmte Technologien und Geschäftsmodelle in den Vordergrund gerückt und andere möglicherweise vernachlässigt werden. Die Verflechtung zwischen Lobby und Partei bedingt so zum Beispiel, welche Expertisen rezipiert und berücksichtigt werden und hat demnach einen Einfluss auf die Informationsbeschaffung („Lobby-Parteienverflechtung“) (Interview 3, Pos. 22). Der Wettstreit verschiedener lobbyistischer Akteur:innen beeinflusst maßgeblich, welche Perspektiven und Lösungsansätze in der politischen Entscheidungsfindung Gewicht erhalten und welche Ansätze von den politischen Entscheidungsträger:innen wahrgenommen werden („Lobby-Deutungskrieg“) (Interview 3, Pos. 22).

Kontext. Das Energiegeschäft ist, wie in Kapitel 2 beschrieben, sehr profitabel („Energiekapital“) (Interview 2, Pos. 10). Diese hohe Rentabilität resultiert insbesondere aus den Erträgen, die mit der Nutzung fossiler Brennstoffe erzielt werden. Für die Akteur:innen in diesem Bereich, die mit fossilen Brennstoffen hohe Erträge erzielen, stellt der Übergang zu Erneuerbaren Energien ein erhebliches Geschäftsrisiko dar. Der Wandel hin zu nachhaltigen Energiequellen könnte etablierte Einnahmequellen gefährden. Um den Übergang zu verzögern oder zu stoppen, setzen diese Akteur:innen auf Lobbyarbeit, um den Einfluss und die Marktanteile ihrer bestehenden Geschäftsmodelle zu sichern und den Prozess der Energiewende zu verlangsamen.

4.3.5 Sonderweg Thüringen

Thüringen stellt in der politischen Landschaft Deutschlands häufig einen Sonderfall dar – so zuletzt bei den Landtagswahlen am 1. September 2024, bei denen die AfD erstmalig die Sperrminorität erreichen konnte. Die Interviewten beschreiben einen „Sonderweg Thüringen“, der aus Sicht der Vertreter:innen der Minderheitsregierung der 7. Wahl-

periode ursächlich mit einer, im Vergleich zu den anderen Ländern, anderen Ausrichtung der CDU zu tun hat (siehe Abbildung 9).

Also das wirklich spannende ist ja mit Blick auf Thüringen, dass gerade in Bezug auf Energiepolitik, also wenn man sich zum Beispiel die CDU mal anschaut, dass die meisten anderen CDU-Landesverbände komplett anders aufgestellt sind. (Interview 2, Pos. 22)

Diese andere Ausrichtung der CDU lässt sich demnach vor allem in Hinblick auf die Energiepolitik beobachten.

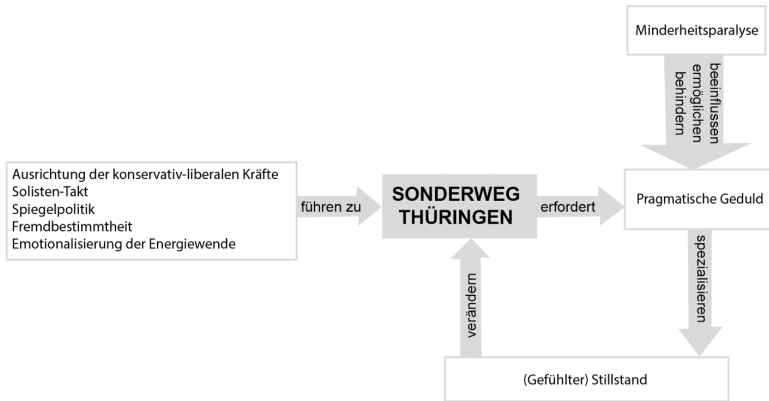


Abbildung 9: Sonderweg Thüringen, Quelle: eigene Darstellung

Ursächliche Bedingungen. Die Ergebnisse legen eine Differenzierung in der Ausrichtung konservativer (CDU, FDP) und progressiver (Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) Parteien im Hinblick auf die Energiewende nahe (Interview 1, Pos. 50). Wie in Interview 2, Pos. 22 beschrieben, spiegelt die CDU oft die Haltung der Windkraftgegner wider und verstärkt deren Frust, anstatt diesem entgegenzuwirken. Dies wird von der Forschenden als „Spiegelpolitik“ bezeichnet, bei der Entscheidungsträger:innen der Partei lokal artikulierte Stimmungsbilder aufgreifen, um sich politisch zu profilieren. Diese „Ausrichtung konservativ-liberaler Kräfte“ zeigt sich auch darin, dass bestimmte progressive Begriffe wie „Freiheitsenergie“, die von der FDP auf Bundesebene

unterstützt werden, auf Landesebene in Thüringen nicht aufgegriffen werden (Interview 2, Pos. 22).

Zudem zeigt sich eine Spaltung innerhalb der Parteien selbst. Der so benannte „Solisten-Takt“ beschreibt diesen Bruch zwischen einzelnen Personen und ihrer Fraktion. Die Offenheit gegenüber erneuerbaren Energien hängt damit oft von individuellen Überzeugungen und weniger vom Parteibuch ab (Interview 2, Pos. 42).

Die „Emotionalisierung der Energiewende“ spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. Interview 5 beschreibt, wie Windkraftanlagen von Gegnern nahezu als personifiziertes „Böses“ dargestellt werden, was zu irrationalen Reaktionen führt (Interview 5, Pos. 16). Diese Emotionalisierung wird durch historische Erfahrungen verstärkt, etwa durch das Gefühl der Fremdbestimmtheit, das auf die DDR-Vergangenheit zurückgeführt wird (Interview 5, Pos. 20).

Handlungsstrategien. Der Umgang der:des Interviewten 5 mit der spezifischen Thüringer Situation lässt sich als „pragmatische Geduld“ beschreiben.

Wir müssen einfach feststellen, dass die Widerstände enorm groß sind. Und deshalb wähle ich lauter einfache Schritte, die, wo ich sagen kann, da gehen die mit oder da können die auch mitgehen. Dass das zu wenig ist, weiß ich. (Interview 5, Pos. 32)

„Pragmatische Geduld“ meint, ein langfristig verfolgtes Ziel durch kleine Maßnahmen erreichen zu wollen, um große Widerstände in der Bevölkerung zu vermeiden.

Intervenierende Bedingung. Eine wesentliche intervenierende Bedingung, die in den Interviews beschrieben wird, ist die „Minderheiten-Paralyse“. Diese bezieht sich auf die politische Situation einer Minderheitsregierung, die für ihre Entscheidungen auf die Unterstützung der Opposition angewiesen ist. Dies führt dazu, dass progressive Vorhaben zur sozial-ökologischen Energiewende nur schwer durchgesetzt werden können. Wie in Interview 2 (Pos. 20) deutlich wird:

Also, und man muss in der Energiepolitik deutlich sagen, der Bund ist da gerade die treibende Kraft, und wir im Landtag sind froh, wenn es hier nicht verhindert werden kann, weil ja eigentlich bei allen irgendwie progressiven Entscheidungen pro, ich sag mal sozusagen ökologisch-sozia-

le Energiewende, man eben eine Opposition hat, die dann meistens auch geschlossen dagegen stimmt.

Diese politische Abhängigkeit führt dazu, dass zentrale Entscheidungen der Regierungsparteien oft blockiert oder verzögert werden.

Konsequenz. Die Konsequenz dieser politischen Abhängigkeit, wie sie durch die Minderheitsregierung und die starke Opposition entsteht, bezeichnet die Forschende als „(gefühlter) Stillstand“ in der Energiepolitik.

4.4 Die Reaktionsmuster

Der Umgang mit der Schlüsselkategorie „Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld“ lässt sich in zwei voneinander abgrenzbare Reaktionsmuster unterteilen: reaktiv und transformativ. Alle interviewten politischen Entscheidungsträger:innen betonen dabei, wissenschaftsorientiert zu entscheiden und zu handeln. Diese Selbsteinschätzung zeigt, dass die Entscheidungsträger:innen ihre politischen Positionen und Entscheidungen auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten stützen möchten (Interview 1, Pos. 44; Interview 2, Pos. 18; Interview 3, Pos. 16; Interview 4, Pos. 32; Interview 5, Pos. 44, 45; Interview 6, Pos. 12). Trotz dieser gemeinsamen Basis gibt es jedoch wesentliche Unterschiede in der Art und Weise, wie diese wissenschaftliche Orientierung in die politische Praxis umgesetzt wird. Diese Strategien gliedern sich nicht wie die anderen Phänomene in axiale Kodierparadigmen, sondern werden losgelöst davon beschrieben. Die beiden Reaktionsmuster werden im Folgenden erläutert.

4.4.1 Reaktiv

Das erste Reaktionsmuster, das hier als „reaktiv“ bezeichnet wird, beschreibt ein Vorgehen, bei dem politische Entscheidungsträger:innen bewusst Konflikte vermeiden und ihre Positionen an der öffentlichen Meinung ausrichten. Diese Strategie zielt darauf ab, politische Risiken zu minimieren und eine möglichst breite Zustimmung in der

Bevölkerung zu sichern. Sie lässt sich durch drei wesentliche Aspekte charakterisieren: Technologieagnostizismus, Konfliktvermeidung und taktischen Rückzug. Ein Beispiel für eine:n Entscheidungsträger:in, die:der diese Strategie anwendet, ist Interviewte:r 1.

Und deswegen ist das Thema Wasserstoff eben auch eins, was eine breite gesellschaftliche Akzeptanz hat, und schon deswegen sollte man daraufsetzen, das entsprechend einzubringen. Ich bin halt jemand, der eher fachlich im Detail drinsteckt und das deswegen irrational findet. (Interview 1, Pos. 38)

Erstens zeigt sich der „Technologieagnostizismus“ darin, dass politische Akteur:innen keine klare Präferenz für bestimmte Technologien oder Lösungsansätze der Energiewende äußern (Interview 1, Pos. 18). Statt sich eindeutig für bestimmte Technologien zu entscheiden, bleiben sie neutral, beziehungsweise „technologieoffen“ (Interview 1, Pos. 18). Diese Haltung kann dazu dienen, sich nicht gegenüber möglichen Gegner:innen oder Unterstützer:innen bestimmter Technologien zu exponieren und somit flexibel zu bleiben. Auf diese Art werden Risiken und mögliche Konflikte vermieden. Denkbar sind jedoch auch Argumente, die unabhängig von deren Hauptzielsetzung sind und eher die Rahmenbedingungen oder Nebenfolgen betreffen. Die Bewertung von Möglichkeiten kann zwar eine Konfliktvermeidungsstrategie sein, muss es aber nicht zwangsläufig. Es könnte auch darauf beruhen, dass die Entscheidungsträger:innen eine andere Priorisierung innerhalb ihres Wirkungskreises vornehmen und dadurch eine abweichende Haltung entwickeln.

Zweitens ist die „Konfliktvermeidung“ ein zentraler Bestandteil dieser Strategie (Interview 1, Pos. 40). Politische Entscheidungsträger:innen, die diese Strategie verfolgen, vermeiden bewusst die Konfrontation. Durch das Streben nach Konsenslösungen wird versucht, eine politische Stabilität zu wahren und die Zustimmung der Wählerschaft zu sichern. Diese Strategie fördert Harmonie und vermeidet offene Konflikte, um nicht in der Kritik zu stehen.

Drittens umfasst die reaktive Strategie den taktischen Rückzug, bei dem sich Akteur:innen gezielt aus strittigen Debatten zurückziehen (Interview 1, Pos. 40). Dieser Rückzug dient dem Schutz der eigenen

Position und dem Vermeiden politischer Risiken. Indem sie sich aus schwierigen Themen zurückziehen oder diese auf andere politische Akteur:innen verlagern, verhindern sie, sich selbst in der öffentlichen Diskussion zu gefährden.

Vertreter:innen der reaktiven Strategie argumentieren, dass andere Reaktionsmuster die tatsächlichen Lebensrealitäten der Bevölkerung ignorieren. Sie sehen alternative Ansätze oft als „Vorbeiregieren an den Lebensrealitäten“ und halten diese für „[...] auf jeden Fall total falsch“ (Interview 1, Pos. 40). Diese Sichtweise unterstreicht ihre Überzeugung, dass ein konfliktfreier Ansatz notwendig ist, um der den aus der Bevölkerung artikulierten Wünschen gerecht zu werden. Die reaktive Strategie ist aus dieser Sicht die angemessene Antwort auf die komplexe politische Situation, um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten und politische Stabilität zu gewährleisten. Das reaktive Reaktionsmuster wird stark von der öffentlichen Meinung und der Vermeidung von Risiken geprägt. Der Ansatz zielt darauf ab, möglichst wenig Widerstand zu erzeugen und politische Zustimmung zu maximieren.

4.4.2 Transformativ

Das zweite Reaktionsmuster kann als „transformativ“ bezeichnet werden. Politische Entscheidungsträger:innen, die danach handeln, versuchen die Bevölkerung von ihren Vorstellungen zu überzeugen. Mit diesem Reaktionsmuster ist eine positive Beurteilung Erneuerbarer Energien verbunden. Das Reaktionsmuster zielt darauf ab, durch innovative Maßnahmen eine umfassende und dezentrale Energiewende zu fördern, die dem Nutzen einer breiten Bevölkerung dient. Gleichzeitig ist die sie bereit, politische Risiken bis zu einem gewissen Grad in Kauf zu nehmen, um langfristige und signifikante Veränderungen zu erreichen. Zentral für diese Strategie ist die Einstellung, eine dezentrale Energiewende zum Vorteil vieler Menschen schaffen zu wollen (Interview 2, Pos. 10). Ein Beispiel für Entscheidungsträger:innen, die diese Strategie anwenden, sind die Interviewten 2, 4 und 5.

Die Interviewten, bei denen sich Ansätze dieser Strategie finden lassen, sind der Ansicht, dass die Politik die Menschen bisher zu wenig an den Profiten der Erzeugung Erneuerbarer Energien beteiligt hat (Interview 5, Pos. 16). Der Mangel an Beteiligung und Teilhabe ist für sie das zentrale Problem, das die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Energiewende erschwert. Die Energiewende wird dabei als Chance gesehen.

Ich meine, das ist ja eine Jahrhundertchance, das hatten wir ja noch nicht. Also außer ganz früher, nämlich dass man sagt: Ich mache meinen Strom, meine Energie selber. (Interview 5, Pos. 20)

Die transformative Strategie zielt darauf ab, Wohlstand für eine breite Bevölkerung zu schaffen, was als Gegenentwurf zum Lobbyismus verstanden werden kann. Dieser vertritt oft nur die Partikularinteressen einzelner Gruppen. Die Strategie betont die Bedeutung der monetären Beteiligung, um die Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung für erneuerbare Energien zu erhöhen (Interview 4, Pos. 14). Durch eine umfassende Teilhabe am wirtschaftlichen Nutzen soll ein großes Teilhabepotenzial geschaffen werden. Dieses soll es den Bürger:innen ermöglichen, sich mit den Projekten zu identifizieren und sich an deren Erfolg zu beteiligen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die positive Wahrnehmung von Bergbauunternehmen, die, wie Interviewte:r 5 beschreibt, durch ihre wirtschaftlichen Beiträge in den betroffenen Regionen Wohlstand gebracht und damit eine starke lokale Identifikation gefördert haben (Interview 5, Pos. 16).

Die transformative Strategie steht im Spannungsfeld politischer Risiken. Es besteht die Befürchtung, dass Thüringen den Anschluss an die Entwicklungen im Bereich erneuerbarer Energien verlieren könnte und zunehmend als feindlich gegenüber erneuerbaren Energien wahrgenommen wird (Interview 2, Pos. 4, 42). Dies verdeutlicht die Herausforderung, die mit der Umsetzung langfristiger und innovativer Maßnahmen verbunden ist, da politische Entscheidungsträger:innen die Balance zwischen der Förderung neuer Ansätze und der Vermeidung negativer Wahrnehmungen oder Risiken finden müssen. Die transformative Strategie strebt danach, durch klare Visionen Fortschritte zu

erzielen. Gleichzeitig nimmt sie die damit verbundenen politischen Risiken (durch das durch-polarisierte Politikfeld) in Kauf, um eine nachhaltige und breit akzeptierte Energiewende zu ermöglichen.

4.5 Die Konsequenzen

Die vorliegende Ergebnisdarstellung hat gezeigt, dass die politischen Entscheidungsträger:innen in Thüringen sich im Bereich der Energiepolitik in einem sehr komplexen Feld bewegen. Dieses wird von verschiedenen beeinflussenden Aspekten geprägt. Politische Entscheidungsträger:innen als Volksvertreter:innen werden dabei beeinflusst durch artikulierte und wahrgenommene Ansichten der (Wahl-)Bevölkerung (unkritische Medien, Populismuskapitulation). Außerdem durch artikulierte Partikularinteressen (lobbyorchestrierter Energiediskurs) sowie die allgemeine politische Situation in Thüringen (Sonderweg Thüringen). Auffallend ist dabei, dass in vielen Fällen die Einstellungen, die durch Politiker:innen wahrgenommen werden, durch Dritte (Intermediäre) wie Journalist:innen und Lobbyist:innen kommuniziert werden. In ihrem Umgang mit der Situation lassen sich die zwei beschriebenen Reaktionsmuster, reaktiv und transformativ, ausmachen.

Für die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft in Thüringen resümiert eine:r der Entscheidungsträger:innen: „Aber ich sage mal von den Träumereien, die ich noch sozusagen selbst kenne vor zehn, 15 Jahren, dass wir irgendwie Wasserstoff-Pionierland werden und zukünftig alles sozusagen mit H_2 irgendwie angetrieben wird in diesem Land bin ich weit entfernt“ (Interview 3, Pos. 6).